

Unverkäufliche Leseprobe



Sönke Neitzel

Die Bundeswehr

Von der Wiederbewaffnung bis zur Zeitenwende

2025. 128 S., mit 2 Karten

ISBN 978-3-406-83051-8

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/37979257>

© Verlag C.H.Beck GmbH Co. KG, München
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie können gerne darauf verlinken.

C.H.BECK  **WISSEN**

Im November 1955 wurde die Bundeswehr gegründet. Unumstritten war sie nie, und viele Deutsche wurden nie so richtig warm mit ihr. Im Kalten Krieg bildete sie den Kern der NATO-Landstreitkräfte. Doch nach 1990 wurden Personalstand, Ausrüstung und Fähigkeiten drastisch reduziert, schließlich auch die Wehrpflicht abgeschafft. Der Schwerpunkt verlagerte sich von der Landes- und Bündnisverteidigung hin zu Auslandseinsätzen. Seit dem 24. Februar 2022 ist alles anders. Fähigkeiten müssen schnell wieder erlangt werden, um das Land verteidigungsfähig zu machen. Sönke Neitzel analysiert die Geschichte der Bundeswehr und zeigt die aktuellen Herausforderungen auf.

Sönke Neitzel ist Professor für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam und einer der meistbefragten deutschen Experten zum Thema Militär und Militärgeschichte in Presse, Hörfunk und Fernsehen.

Sönke Neitzel

DIE BUNDESWEHR

*Von der Wiederbewaffnung
bis zur Zeitenwende*

C.H.Beck

Einige Passagen dieses Buches aus
«Deutsche Krieger» von Sönke Neitzel,
© 2020 by Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin,
erschienen im Propyläen Verlag

Mit zwei Karten (© Peter Palm, Berlin)

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, München 2025

Wilhelmstraße 9, 80801 München, info@beck.de

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses
Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

www.chbeck.de

Reihengestaltung Umschlag: Uwe Göbel (Original 1995, mit Logo),
Marion Blomeyer (Überarbeitung 2018)

Umschlagabbildung: picture-alliance/dpa,
Rekruten-Gelöbnis am Reichstag

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 83051 8



verantwortungsbewusst produziert
www.chbeck.de/nachhaltig
produktivsicherheit.beck.de

Inhalt

Prolog	7
I. Kalter Krieg	8
Gründerjahre (1955 bis 1972)	8
<i>Außenpolitische Dimensionen</i>	8
<i>Innenpolitische Dimensionen</i>	12
<i>Neue Leitbilder</i>	16
<i>Bedingt abwehrbereit</i>	23
Konsolidierung (1972 bis 1990)	28
<i>Außenpolitische Dimensionen</i>	28
<i>Reformen – Chancen und Grenzen</i>	31
<i>Eine Wehrmacht in neuem Gewande?</i>	35
<i>Den Krieg üben</i>	40
II. Out-of-Area (1991 bis 2023)	49
Von Somalia in den Kosovo	49
Tradition und Rechtsextremismus	66
Mission Impossible am Hindukusch	74
Vom Irak bis nach Mali	91
Zurück auf Los: Die Wiederentdeckung der Landes- und Bündnisverteidigung	100
III. Zeitenwende!?	106
Vom Zaudern der Politik	110
Mehrheiten und Minderheiten in der Gesellschaft	115
Die Bundeswehr – kein Wille zur Reform?	118
Epilog	122
Bibliographie	124
Abkürzungsverzeichnis	127

Prolog

Der Anfang war schwer. Nur zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in einem geschlagenen, zerstörten und geteilten Land eine Armee aufzubauen, ist ein mutiges Projekt gewesen. Außenpolitisch, weil die Ressentiments gegen die Deutschen, die wenige Jahre zuvor Europa mit Krieg, Gewalt und Unrecht überzogen hatten, bei den Nachbarn verständlicherweise groß waren. Innenpolitisch, weil die Erfahrungen der Weltkriege und der Weimarer Republik das Verhältnis der (West-)Deutschen zu ihren Soldaten grundlegend verändert hatten. Und militärisch, weil diese neue Armee aus dem Nichts aufgebaut werden musste und außerdem fraglich war, ob konventionelle Streitkräfte in der Konfrontation der nuklearen Supermächte im Atomzeitalter überhaupt noch einen Beitrag zur Verteidigung des Landes würden leisten können.

Das Spannungsfeld von außen- und innenpolitischen sowie militärischen Anforderungen, die zuweilen nur schwer miteinander zu vereinbaren waren, prägte die Geschichte der Bundeswehr auch noch, als sich die weltpolitischen Rahmenbedingungen nach der Wiedervereinigung gänzlich verändert hatten. Gerade jetzt stellten sich Fragen, die in anderen Ländern nicht aufkamen: Sollte man Streitkräfte vom Krieg oder vom Frieden her denken? Und: Welche Identität sollten Soldaten haben, welche Traditionen? Die Bundeswehr existiert bis heute in dieser doppelten Ambivalenz. Über weite Strecken ihrer 70-jährigen Geschichte war sie vor allem ein innenpolitisches Projekt.

Dies spiegelt auch die Geschichtsschreibung über die Bundeswehr wider. Sie orientiert sich zumeist an der Meistererzählung zur Bundesrepublik von Verwestlichung, Stabilisierung, Liberalisierung und Zivilisierung. Der Bewertungsmaßstab war dabei vor allem die innere Reformfähigkeit. Manche Interpretation war reichlich holzschnittartig und vor allem geriet die militäri-

sche Logik von Streitkräften bei dieser Betrachtung oftmals aus dem Blickfeld. Dieses Buch unternimmt den Versuch, die Wechselwirkungen aller drei Dimensionen auf knappem Raum darzustellen und dabei allzu liebgewonnene Interpretationen in Frage zu stellen.

Das Buch basiert auf meiner Studie «Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik», die in überarbeiteter Form 2022 erschien, sowie etlichen Vorträgen zur Zeitenwende, von denen einer 2024 in der Beilage zu *Das Parlament* «Aus Politik und Zeitgeschichte» abgedruckt wurde.

I. Kalter Krieg

Gründerjahre (1955 bis 1972)

Außenpolitische Dimensionen

Die Republik braucht eine Armee. So viel war auch dem eingefleischten Zivilisten Konrad Adenauer bewusst. Der Aufbau von Streitkräften war einer der Hebel, mit dem man die Integration in die westliche Staatengemeinschaft und die Wiedererlangung der Souveränität würde erreichen können. Bereits im Herbst 1949 beauftragte der Bundeskanzler seinen Minister für Wohnungsbau, Eberhard Wildermuth, damit, sich auch mit den Fragen einer Wiederbewaffnung zu befassen. Der politisch im württembergischen Liberalismus sozialisierte Wildermuth besaß als einziges Kabinettsmitglied militärische Führungserfahrung. Er baute rasch eine Expertengruppe ehemaliger Wehrmachtgenerale auf, die erste Überlegungen zum Aufbau von westdeutschen Streitkräften anstellten. Wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lag die Realisierung solcher Ideen noch in weiter Ferne. Doch schneller als gedacht veränderte sich die sicherheitspolitische Großwetterlage. Mit dem Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 schien ganz Westeuropa von der Expansionspolitik Moskaus bedroht zu sein. An eine kon-

ventionelle Verteidigung des Kontinents war mit den vorhandenen Mitteln aufgrund der gewaltigen militärischen Übermacht des Gegners nicht zu denken. Die sowjetischen Panzer würde man wohl erst an den Pyrenäen aufhalten können, orakelten militärische Fachleute. Im August 1949 hatten die USA zudem das Atomwaffenmonopol verloren, eine Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit war unabdingbar, um im Ernstfall nicht vor ein *fait accompli* gestellt zu werden. Die Bundesrepublik sollte daher in die Verteidigung Westeuropas eingebunden werden: aus geostrategischen Gründen, aber vor allem, weil deutsche Soldaten einen wesentlichen Beitrag im Kampf gegen die Sowjetunion würden leisten können. Die amerikanischen Militärs bedienten sich gerne des operativen Know-hows ehemaliger Wehrmachtgenerale, nach deren Verstrickung in das NS-System schon kaum mehr gefragt wurde. Adenauer war angesichts der außenpolitischen Chancen, die er mit der Aufstellung deutscher Streitkräfte verbunden sah, weniger denn je gewillt, auf die vielen ablehnenden Stimmen zu hören. Gerade die Vereinigten Staaten trieben nun die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik voran. Im Oktober 1950 schuf Adenauer mit dem Amt Blank eine Behörde zur Aufstellung einer westdeutschen Armee, aus der später das Verteidigungsministerium hervorging. Eberhard Wildermuth wurde von seinen Aufgaben als Schattenverteidigungsminister entbunden. Der Gewerkschaftler Theodor Blank sollte als neuer Amtsinhaber die kritische Öffentlichkeit an die Wiederbewaffnung gewöhnen.

Als im Herbst 1950 der französische Ministerpräsident René Pleven den Vorschlag einer integrierten europäischen Armee machte, um einen Beitritt der Bundesrepublik in die NATO zu verhindern, zeigte sich rasch die internationale Bedeutung der Wiederbewaffnung. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), deren Vertrag im Mai 1952 unterzeichnet wurde, war vor allem ein politisches Projekt. Sie bot Sicherheit vor Deutschland und Sicherheit mit Deutschland, ohne die junge Bundesrepublik über die Maßen zu diskriminieren. Es sollte einen Verteidigungsminister, einen Verteidigungsaushalt, eine gemeinsame Rüstung, eine einheitliche Kommandostruktur geben, wodurch

die insbesondere in Frankreich skeptisch beäugten deutschen Soldaten in eine übergeordnete Struktur eingebunden worden wären. Damit wäre die noch junge europäische Integration ein wesentliches Stück vorangekommen, zumal gleichzeitig die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) auf den Weg gebracht werden sollte, die unter anderem eine Verfassung und eine gemeinsame Außenpolitik vorsah.

Europa stand Anfang der 1950er Jahre vor dem großen Wurf, sich eine vollkommen neue politische Struktur zu geben. Der Anstoß hierzu war die Notwendigkeit, deutsche Streitkräfte so aufzubauen, dass sie von den zukünftigen Partnern nicht als Bedrohung wahrgenommen wurden. Als die Ratifizierung der EVG am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung scheiterte, bezeichnete Adenauer diesen Tag als den schwärzesten seines Lebens. Er trauerte jedoch nicht in erster Linie einer europäischen Armee hinterher. Militärisch hatte er in dieser Zeit stets auf die Vereinigten Staaten und damit auf die NATO gesetzt. Viel entscheidender war, dass mit der EVG auch die EPG – der politische Überbau – scheiterte. Die europäische Integration war erheblich zurückgeworfen und man hat es bis heute nicht geschafft, ein Äquivalent zur EPG oder zur EVG aufzubauen.

Nachdem Frankreich den Aufbau einer europäischen Armee verhindert hatte, konnte es den weiteren Gang der Dinge nicht mehr aufhalten: Am 5. Mai 1955 trat der Deutschlandvertrag in Kraft, das Besatzungsstatut endete und die Bundesrepublik wurde weitgehend souverän. Wenige Tage später trat das Land der NATO bei. Möglich war dies nur, weil Adenauer den Vereinigten Staaten versprochen hatte, binnen drei Jahren eine Armee von 500 000 Mann aufzubauen. Souveränität gegen Truppen, so war der Deal.

Der außenpolitische Stellenwert der Bundeswehr kann auch nach ihrer Gründung am 12. November 1955 gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, obwohl ihr Aufbau viel länger dauerte als geplant und der militärische Wert der westdeutschen Streitkräfte bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre begrenzt blieb. Die militärische Kooperation war eine vertrauensbil-

dende Maßnahme, gewissermaßen das Fundament für die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Die logistische, strategische und operative Anlehnung der Bundeswehr an die US-Streitkräfte war sicher alternativlos. Die lautlose Integration in die NATO dürfte dann für alle Beteiligten doch überraschend gewesen sein. Weitgehend vorbehaltlos ließen sich die deutschen Soldaten in neue Strukturen einfügen, gerade so als hätten sie schon immer zu den besten Verbündeten der Vereinigten Staaten gehört: Die Waffen waren amerikanisch, die Kommandostruktur war amerikanisch und die Uniformen sahen amerikanisch aus. Am schnellsten und umfassendsten vollzog sich die Amerikanisierung bei der Luftwaffe. Die technische Überlegenheit der US-Air-Force erkannten sogar die hochdekorierten Jagdfliegerveteranen der Wehrmacht an. Die Flugausbildung in den Vereinigten Staaten trug erheblich dazu bei, sich auch der Mentalität des einstigen Gegners anzupassen.

Trotz nach wie vor vorhandenen Ressentiments erleichterten mehrere Faktoren die Integration der deutschen Streitkräfte: Die eklatante militärische Schwäche der westeuropäischen Staaten ließ angesichts der sowjetischen Bedrohung einen pragmatischen Umgang mit deutschen Soldaten ratsam erscheinen. Dies umso mehr, da insbesondere die Militärs dasselbe kommunistische Feindbild hatten und man sich gegenseitig bereits im Krieg zumeist nicht als Todfeind wahrgenommen hatte. Der NS-Propaganda war es trotz intensivster Bemühungen nämlich nicht gelungen, ein wirkungsmächtiges Negativbild der Westmächte zu zeichnen. Die ehemaligen Wehrmachtssoldaten waren nur zu gern bereit, eine in ihrer Struktur vollkommen neue Armee aufzubauen. Die Abhörprotokolle deutscher Generale in britischer Kriegsgefangenschaft zeigen, dass die Vorstellung einer weitgehenden Kooperation mit den Briten und Amerikanern bereits vor der Kapitulation auf Anklang stieß. Man war willens, auf etliche Souveränitätsrechte zu verzichten, solange man nicht zu offensichtlich diskriminiert wurde. Alles andere war angesichts der totalen Niederlage Deutschlands ein Gewinn. Zugute kam der Bundeswehr der legendenumwobene Ruf der operativen Leistungsfähigkeit der Wehrmacht, sodass die deutschen Sol-

daten trotz ihrer Verbrechen zumindest in Militärkreisen international ein hohes Ansehen genossen. Von Vorteil war es da, dass innerhalb einer grenzüberschreitenden Soldatenkameradschaft politische Fragen gerne ausgeblendet wurden. Das hohe Ansehen der Bundeswehr zeigte sich unter anderem darin, dass schon 1957 der erste deutsche General eine internationale Kommandoposition übernahm: Hans Speidel wurde Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa und Adolf Heusinger wurde schon 1961 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in Washington D. C.

Allerdings kann auch das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesrepublik nicht auf derselben Stufe wie die Siegermächte stand. Die Souveränität war nur eingeschränkt gewährt worden: Post- und Fernmeldeverkehr konnten von den Alliierten überwacht werden, sie konnten den Notstand ausrufen, untersagten die Produktion von Langstreckenbomben und größeren Kriegsschiffen. Am deutlichsten wurde die Beschränkung im Bereich der Atomwaffen. Die Bundesrepublik hatte auf den Besitz und die Produktion von ABC-Waffen verzichtet und wusste auch nur wenig über die seit 1952 auf ihrem Territorium stationierten amerikanischen Nuklearwaffen. Dies wurde in Bonn durchaus als diskriminierend empfunden, aber der außenpolitische Spielraum war in diesen Fragen gering. 1958 gestanden die Vereinigten Staaten der Bundeswehr immerhin eine nukleare Teilhabe zu. Deutsche Flugzeuge, Geschütze und Raketen sollten im Ernstfall amerikanische taktische Nuklearsprengköpfe ins Ziel bringen. Die Entscheidung über den Einsatz verblieb aber beim amerikanischen Präsidenten. Und erst ab Dezember 1966 konnte Bonn als Mitglied der neugegründeten Nuklear Planning Group der NATO zumindest nominell bei der Planung des Nuklearwaffeneinsatzes mitsprechen.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de